Mit amtlichen Schlußkursen.

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 218 Nr. 134a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M. ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt enbindet den Verlag von Schadenersatz

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Sprechstunde von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Halle-Saale

Donnerstag, 11. Juni 1925

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene 34 mm breite mm-Grundzeile: 12 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3gespaltene 80 mm breite Grund-Reklamezeile 80 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. — Für Platzvorschriften übernehmen wir keine Garantie. — —

Geschäftsstelle Berlin, Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Wie sich die Entente die Sicherheit Europas denkt

Nur Verpflichtungen Deutschlands

Der Inhalt der französischen Antwortnote

Paris, 10. Juni.

Der Genfer Havasvertreter gibt den Inhalt der französischen Antwortnote, die Freitag nach Berlin abgehen soll, wie folgt wieder:

Im Eingang weist die Note darauf hin, daß der Sicherungsvorschlag von Deutschland ausgehe und die Note der französischen Regierung daher lediglich auf Einholung ergänzender Auskünfte abzielte. Das deutsche Memorandum weise beunruhigende Lücken auf. Es lasse beispielsweise den Völkerbund völlig unerwähnt, dem kraft Anerkennung seiner Verpflichtungen Frankreich und sämtliche Alliierten angehörten. Vor Eintritt in weitere Verhandlungen sei daher die Feststellung von Wichtigkeit, ob Deutschland bereit ist, die in dem Völkerbundspakt festgesetzten Verpflichtungen anzuerkennen, soweit es unter den mit Brief des Völkerbundrates vom letzten März aufgezählten Voraussetzungen in den Völkerbund eingetreten sei. Besonderes Gewicht wäre andererseits auf die Feststellung zu legen, daß die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes mit Deutschland keine Neuerung der Rechte und Verpflichtungen des Versailler Vertrages bedeute und die Bestimmungen des Vertrages vollauf bestehen bleiben. Dies gelte sowohl für Frankreich als auch für Belgien. Belgien müsse selbstverständlich an dem Vertrag beteiligt werden, wenn er zum Abschluß gelange. Der Sicherheitspakt könne den Bestimmungen über die Besetzung der Rheinlande sowohl für Belgien wie für Frankreich keinerlei Abbruch tun. Die deutsche Regierung erkläre sich bereit, mit den Mächten westlich des Rheins Schiedsgerichtsverträge einzugehen. Frankreich erkenne gern an, daß diese Verträge eine natürliche Ergänzung des Rheinpaktes bilden, aber es verlange ausdrücklich, daß diese Verträge auf sämtliche Konflikte Anwendung finden und den Gebrauch der Gewalt nur für den Fall vorsehen, daß auf Grund einer Verletzung des Vertrages zu ihr Zuflucht gegriffen wird. Die Signatarmächte müßten, um diesen Schiedsgerichtsverträgen ihre volle Wirkung zu verleihen, sie sowohl gemeinsam wie einzeln garantieren. Für den Fall, daß ein Signatarstaat, ohne eine feindselige Handlung zu begehen, gegen diese verstößt, ist es Aufgabe des Völkerbundes, Maßnahmen zur wirksamen Ausführung des Vertrages zu bestimmen. Die deutsche Regierung hätte sich in ihrem Memorandum bereit erklärt, auch Schiedsgerichtsverträge mit sämtlichen dazu geneigten Staaten, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei, abzuschließen. Frankreich nimmt diese Erklärung zur Kenntnis. Es stellt aber stets im Einverständnis mit Großbritannien ausdrücklich fest, daß die Alliierten keine ihnen aus dem Vertrage her zustehenden Rechte oder Verpflichtungen aufgeben könnten. Keine Bestimmung der in Aussicht genommenen Schiedsgerichtsverträge darf dagegen verstoßen. Wenn Deutschland mit den Nachbarstaaten des Ostens Verträge dieser Art abschließt, so kann gegebenenfalls jeder Signatarstaat des Versailler Vertrages als Bürge auftreten. Dieses allgemeine Sicherungssystem würde selbstverständlich erst dann seine volle Wirkung haben, wenn sämtliche in Aussicht genommenen Verträge: Rheinpakt, Sicherungsverträge usw., gleichzeitig in Kraft treten würden. Wenn diese Abmachungen dem Geist des Völkerbunds entsprechen, müssen sie von dem Völkerbundsrat einregistriert und ausgelegt werden, damit ein jeder sich daran beteiligen kann. Wenn die Vereinigten Staaten eines Tages es für richtig halten, dem Sicherungsvertrag beizutreten, so würde Frankreich die größte Genugtuung darüber empfinden, daß die große amerikanische Nation sich entschlossen hat, an der allgemeinen Befriedung mitzuwirken.

England bremst in der Paktfrage

Eine amtliche englische Auslassung zum Sicherheitspakt

London, 11. Juni.

Wegen der zahlreichen übereilten Kommentare zum Sicherheitspakt wird von amtlicher englischer Seite erklärt, daß die Verhandlungen sich immer noch in den ersten Anfängen befinden und von einem Vertragsentwurf noch nicht die Rede sein könnte. Das französische Memorandum stelle nur eine allgemeine Grundlage dar, auf der die zukünftigen Verhandlungen geführt werden könnten

Eine neue Erklärung Chamberlains zu den Sicherheitspaktverhandlungen

Genf, 10. Juni.

Der englische Außenminister Chamberlain gab Pressevertretern heute nachmittag folgende Erklärung ab: Ich muß es ablehnen, irgendwelche Erklärungen über die Note an Deutschland wegen des Sicherheitspaktes abzugeben, bevor diese nicht der deutschen Regierung übermittelt worden ist. Ich empfehle deshalb, dieselbe nur mit größter Vorsicht zu kommentieren, solange sie nicht veröffentlicht ist, was vermutlich in ein oder zwei Tagen erfolgen wird. Es genügt, festzustellen, daß bei dem Gedankenaustausch mit der französischen Regierung die englische Regierung immer diejenigen Richtlinien im Auge hatte, die der englische Vertreter beim Völkerbundsrate bereits im März darlegte und die in seiner Rede im Unterhaus am 24. März zu finden sind. — Diese Erklärung kann als erster Schritt rückwärts aufgefaßt werden und ist insofern von Bedeutung, als sie den Beweis erbringt, daß die englische Regierung einerseits die einseitige Unterrichtung der öffentlichen Weltmeinung ausschließlich durch Frankreich nicht zusagt, andererseits, weil sie indirekt den Hinweis darauf enthält, daß die französische Informationen nicht den Tatsachen entsprechen.

Der deutsche Sicherheitsvorschlag

London, 10. Juni.

Die „Times" veröffentlichen den Wortlaut der deutschen Note, die, kurz wiedergegeben, folgende Punkte enthält:

1. Die deutsche Regierung erkenne es als notwendig an, daß eine befriedigende Lösung der Sicherheitsfrage gefunden werde.

2. Sie mache daher einen Vorschlag, dessen Grundlage die Ideen des Cuno-Vorschlages vom Jahre 1922 sei.

3. Die deutsche Regierung erkläre sich bereit, einen Pakt mit anderen Mächten abzuschließen, die lebenswichtige Interessen am Rhein besitzen, dies besonders mit Frankreich, England und Italien, und zwar in der Absicht, einen Krieg zwischen den Unterzeichnern auf absehbare Zeit hinaus unmöglich zu machen.

4. Der Pakt solle die Form einer Verpflichtung der Unterzeichner gegenüber den Vereinigten Staaten enthalten.

5. Gleichzeitig solle ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich, Deutschland und Belgien abgeschlossen werden, und zwar nach dem Vorbild der Schiedsgerichtsverträge, die in neuerer Zeit in Europa abgeschlossen wurden.

6. Aehnliche Schiedsgerichtsverträge können auch mit anderen Staaten zur friedlichen Regelung von politischen und Rechtsstreitigkeiten abgeschlossen werden.

7. Deutschland werde einem lokal begrenzten Pakt, der eine Garantie des territorialen Status quo am Rhein bedeute, zustimmen. Die Garantie der unterzeichnenden Mächte soll eine kollektive und individuelle sein.

8. Ein solcher Pakt könne die Garantie der Entmilitarisierung, wie sie in Artikel 42 und 43 des Friedensvertrages vorgesehen ist, enthalten.

9. In diesem Falle würde der Pakt die oben erwähnten Schiedsgerichtsverträge in sich einschließen.

10. Die deutsche Regierung sei bereit, einen lokalen Pakt in Erwägung zu ziehen als Teil eines Uebereinkommens, das alle Staaten der Welt auf Grund des vom Völkerbund vorgeschlagenen Protokolls umfasse.

Der Völkerbundsrat und die Militärkontrolle

Genf, 11. Juni.

Der Völkerbundsrat verhandelte am Mittwoch vormittag in einer geschlossenen Sitzung über die Frage der Uebernahme der Militärkontrolle in den ehemaligen Zentralmächten durch den Völkerbund. Von französischer Seite wurde, wie der Vertreter der „L. U." erfährt, darauf hingewiesen, daß die Militärkontrolle an Interesse verlieren würde, wenn ein Sicherheitspakt zwischen Deutschland und den Westmächten abgeschlossen werden würde. Hierauf wurde beschlossen, das gesamte Problem der Militärkontrolle auf die Herbsttagung des Völkerbundes zu verschieben.

Chamberlain warnt den Völkerbund

Genf, 10. Juni.

Es ist bezeichnend, daß Chamberlain es in diesem Augenblick für nötig hielt, in nachdrücklichster Weise zu warnen, daß der Völkerbund zu große Aufgaben übernehme. Er tat dies in einer Tischrede auf einem gestern ihm zu Ehren gegebenen Bankett mit den Worten, er wolle ganz offen eine Befürchtung für den Völkerbund aussprechen. Es sei eine gewisse Gefahr, wenn der Völkerbund versuche, schwerere Lasten zu übernehmen, als seine jungen Schultern tragen könnten. „Lasset uns", so rief der Redner aus, „vernünftig sein in den Aufgaben, die wir uns stellen. Lasset die Außenwelt nicht zu viel von uns und unserer Jugend erwarten." Nach und nach werde der Bund die Kraft erlangen, Lasten zu tragen, die heute noch sein Rückgrat brechen könnten. Hieran knüpfte Chamberlain folgenden Hinweis: „Wenn wir vorsichtig den gewonnenen Boden sichern, ehe wir weitergehen, so wird der Völkerbund, wie ich hoffe, bald unterstützt von einer wachsenden Reihe von Verträgen zwischen Nationen, die noch vor kurzem miteinander Krieg führten, den Frieden der Welt auf feste Basis stellen und unsere Seelen von den Befürchtungen und Sorgen befreien, die uns heute noch bedrücken.

Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß

Berlin, 10. Juni.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Der Auswärtige Ausschuß hat heute seine Aussprache ohne Ergebnis vertagt. Man gedenkt den Eingang der Antwort auf die Sicherheitsnote abzuwarten, ehe man mit Entschlüssen über die Forderungen der Entente in der Entwaffnungsfrage hervortritt. Sobald diese Antwort eingegangen ist — sie wird in unterrichteten Kreisen im Laufe der nächsten acht Tage erwartet —, dürfte der Auswärtige Ausschuß erneut zusammentreten und dann zu der sehr ernsten Frage Stellung zu nehmen haben.

Als Gesamteindruck ist aus der heutigen erfolgten Aussprache festzustellen, daß durchaus eine Einheitsfront aller Parteien gegen die über den Friedensvertrag hinausgehenden oder frühere Abmachungen aufhebenden Forderungen der Entente besteht. Zu Einzelheiten machten die Parteien heute ihre Stellungnahme noch nicht geltend, da die Menge der aufgeworfenen Fragen allzu groß ist, als daß jetzt schon feste Beschlüsse vorliegen könnten. Auch die Regierung hat ihre Erhebungen noch nicht abgeschlossen. Aber immerhin ging aus den Ausführungen der Ressortminister hervor, daß die in ihrem ersten Communique niedergelegte allgemeine Auffassung wohl kaum eine Aenderung erfährt, wenn auch eine Reihe der von der Gegenseite angeführten Punkte allzu lächerlich und zu geringfügig sind, als daß darüber überhaupt ein Wort zu verlieren wäre, so gibt es doch daneben Forderungen, zu denen noch Rückfragen gestellt werden müssen und die günstigenfalls zu Verhandlungen Anlaß geben können.

Ueber alle Fragen, die die Schutzpolizei betreffen, muß mit den Ländern eingehend Rücksprache genommen werden. Es ist kein Geheimnis, daß jetzt schon sehr entschiedene Proteste verschiedener Länder vorliegen, denen Rechnung getragen werden muß. Forderungen, die unmittelbar den Kern unserer Wehrmacht angreifen, können unseres Erachtens unter keinen Umständen bewilligt werden. Da die in der Note niedergelegten Forderungen, den im Regierungscommuniqué gezeichneten Richtlinien widersprechen, so kann auch die Regierung nicht vor einem Unannehmbar zurückscheuen, wenn sie dieses auch noch nicht unzweideutig formuliert hat. Es sollte Aufgabe der beiden nationalen Parteien sowohl der deutschnationalen als auch der volksparteilichen sein, die Regierung gegen vielleicht auftretende Zersetzungswünsche zu einem solchen Entschluß zu bringen. Sehr wesentlich sind auch die wirtschaftlichen Punkte der Note, die ganz unzweifelhaft zeigen, daß hier englische Konkurrenzfurcht eine wesentliche Rolle gespielt hat. Die z. B. von Krupp verlangte Zerstörung von Drehbänken würde die Herstellung von für die chemische Industrie wichtigen Kesseln unmöglich machen, die sonst in der Welt nur noch von der englischen Firma Armstrong fabriziert werden. Im Gefolge dieser Vernichtung von Industriemitteln müßte in Deutschland Arbeitslosigkeit entstehen und damit die Gefahr kommunistischer und bolschewistischer Bewegungen wiederaufleben. Auch über die Frage, ob man bereit ist, die entstehenden Kosten für die eventuelle Umstellung der deutschen Industrie auf die Reparationsannuitäten zu übernehmen, wird die Entente Antwort geben müssen.

Ehe die Entwaffnungsnote nicht in der einen oder anderen Form hereingist ist und damit die Räumung der Kölner Zone erfolgt, dürfte es unbenkbar sein, daß Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund erklärt oder sich freiwillig zu einem solchen Abkommen hergibt, das der Gegenseite gilt, ohne ihm selbst Gleichberechtigung in der Tat zu gewähren.

Ueber den Inhalt der Sicherheitsnote scheinen dem Auswärtigen Amt gewisse Nachrichten vorzuliegen, die den Angaben des Havas-Kommentars über den Genfer Pakt widersprechen und behaupten, daß ein Durchmarschrecht der Franzosen in der Note nicht verlangt wird. Doch läßt sich selbstverständlich eine Beurteilung erst treffen, wenn diese Note im Wortlaut vorliegt. Sobald sie eingegangen ist, dürfte die Regierung auch endlich das deutsche Memorandum der Oeffentlichkeit übergeben, das die Grundlage der deutschen Sicherheitsanregung bildete und dessen Inhalt nur in großen Zügen den politischen Kreisen bekannt geworden ist.

Um das Aufwertungsgesetz

Berlin, 10. Juni.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde der § 11 des Aufwertungsgesetzes behandelt, der die Fälle bestimmt, in denen eine Aufwertung auch dann stattfinden soll, wenn der Gläubiger sich bei der Annahme der Leistungen seine Rechte nicht vorbehalten hat. Das Kompromiß dehnte die Rückwirkung zum 15. Juni 1922 aus. In der Debatte verlangte der Abg. Dr. Best eine Ausdehnung der Rückwirkung bis zum 1. Juli 1921. Die Regierungsparteien wandten sich gegen den Antrag des Abg. Best, die Härteform zu beschränken und verlangten eine Erweiterung derselben. Ferner forderten sie, daß die Rückwirkung auch in solchen Fällen eintreten soll, in denen die Hypotheken nach dem 15. Juni 1922 abgetreten worden seien. Der Ausschuß vertagte sich, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192506112-16/fragment/page=0001

Die Kreditnot des Mittelstandes

Das Grundvermögens-Steuergesetz angenommen

Berlin, 10. Juni.

(Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Sitzung des preußischen Landtages wurde die Gesetzesvorlage, zur weiteren Förderung des Baues von kleinen Werken einen Kredit von 2 Millionen bereitzustellen, dem Hauptausschuß überwiesen.

Bei der nun folgenden dritten

Beratung über die Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreistage

und ihrer Mitglieder, bei der in zweiter Beratung die Verlängerung der Wahlzeit bis zum 1. November 1925 beschlossen worden war, ergibt sich, wie schon einige Male, so

auch heute wieder die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

In der namentlichen Abstimmung waren nur 149 Stimmen abgegeben worden. Die Sitzung wurde geschlossen. In der sofort einberufenen neuen Sitzung wendet sich das Haus den Verordnungen und Novellen betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zu. Der Hauptausschuß empfiehlt die Genehmigung der Vorlage, nach welcher die Geltungsdauer des Gesetzes vom 28. Februar 1924 bis Ende März 1926 verlangt werden soll, mit der Maßgabe, daß die Verlängerung bis zum 30. Juli ausgesprochen wird.

Abg. **Dr. Wiemer** (Dischokl.) erklärt, seine Partei schlage den 30. September für die Geltungsdauer der jetzigen Steuer vor.

Abg. Schulze-Stapen (Deutschnational) lehnt die Vorlage namens seiner Partei ab und ersucht die Regierung, sofort andere Vorschläge an den Landtag zu richten, damit die ungerechteste aller Steuern endlich verschwinde.

Darauf ergreift **Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff** das Wort. Er erklärt, daß er darauf hinweisen müsse, daß die Grundvermögenssteuer bei der Landwirtschaft allerhöchstens 250 Millionen erbringe (Hört! Hört!" links), während das übrige von der anderen Bevölkerung getragen werden müsse und daneben noch die Bevölkerung mit 650 Millionen Mark Hauszinssteuer belastet sei. Es sei eine Ungerechtigkeit, wenn immer wieder hervorgehoben würde, daß nur die Landwirtschaft leide. (Große Unruhe. Lärmende Zurufe rechts.) Minister Höpker-Aschoff erklärte weiter, es seien alle Maßnahmen getroffen, um die grundlegende Reform ab 1. April 1926 in Kraft treten zu lassen. Es könne aber unmöglich in drei Monaten und ohne Rücksicht auf das Reichsbewertungsgesetz eine Reform zustandekommen. Wir brauchen die Frist bis Ende März 1926. Der ursprüngliche Gesetzentwurf der Regierung deckt sich in seinem Wortlaut getreu mit dem Antrag der Deutschnationalen. — Der Minister bittet zum Schluß, den Antrag Wiemer abzulehnen.

Abg. **Stolt** (Kom.) erklärt es für unglaublich, daß die Sozialdemokraten die Verlängerung bis zum 31. März 1926 mitschlucken wollten.

Abg. **Dr. Waentig** (Soz.) erklärt, daß seine Partei die Grundsteuer auch heute noch für unhaltbar hielte. Eine grundlegende Reform in Preußen jetzt vorzunehmen, sei unmöglich, darum müsse die Verlängerung bis zum 31. März erfolgen.

Abg. **v. Wangenheim** (D.-Hannov.) erklärt, seine Partei wünsche, daß die Regierung in absehbarer Zeit eine neue Vorlage einbringt.

Abg. **Falk** (Dem.) erklärt, eine grundlegende Reform könne erst gefunden werden, wenn das Reichsbewertungsgesetz verabschiedet sei.

Nachdem noch Abg. **Schulze-Stapen** (Deutschnational) die Behauptung des Ministers, die deutschnationale Fraktion sei inkonsequent, zurückgewiesen und der Zentrumsabgeordnete Blank erklärt hatte, die Deutschnationalen wollen keine neue Regelung, wurde die Aussprache beendet.

Das Haus nahm in namentlicher Abstimmung das Grundsteuergesetz mit 182 gegen 109 Stimmen an, das einen Kompromißantrag der Regierungsparteien entsprechend die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1925 ausspricht. Vorher wurde mit 176 gegen 104 Stimmen der Notverordnung die Genehmigung erteilt.

Es folgt darauf die Beratung der Anträge über

Abhilfemaßnahmen zur Kreditnot des Mittelstandes, der Landwirtschaft usw.

Der Ausschuß hatte die **Bereitstellung eines Betrages von 50 Millionen für Handwerk, Einzelhandel, Konsumgenossenschaften empfohlen** und außerdem eine Reihe von Maßnahmen zur Herabsetzung der Zinssätze der Rentenbank und der Reichsbank vorgeschlagen.

Abg. **von Rohr** (Deutschnational) **erklärt, die Zinssätze der Reichsbank müßten auf ein für die Wirtschaft tragbares Maß herabgesetzt werden. Die Postscheckeinnahmen sollten der Wirtschaft, aus der sie stammen, zu einem Betrage von mehreren hundert Millionen langfristig unter billigen Zinssätzen wieder zur Verfügung gestellt werden. Vielleicht sei auch eine baldige weitere Ermäßigung des Reichsbankdiskontsatzes zu erwarten. Abg. von Rohr beklagte weiter, daß durch den Widerstand der preußischen Regierung die deutsche Rentenbankkreditanstalt noch nicht geschaffen werden konnte.**

Abg. **Thiele** (Soz.) erklärte die Bereitschaft seiner Partei, dem gewerblichen Mittelstand zu Hilfe zu kommen. Sie halte den Zentrumsantrag auf Bewilligung von 20 Millionen für richtig und werde auch für den 50 Millionen-Kredit für den gewerblichen Mittelstand sein. Jede Erweiterung dieses Kreises der Kreditbedürftigen lehne seine Partei ab.

Abg. **Kögler** (Zentr.) erklärte, in Baden und Sachsen haben die Regierungen ähnliche Kreditaktionen für den Mittelstand vorgenommen.

Abg. **Bayer-Waldenburg** (D. V. P.) äußert sich dahin, daß mit diesen Mittelstandskrediten zum Teil bei den betr. Kreditsuchern durch Agitation Verwirrung angerichtet werde. Gegen die Mithineinnahme der Konsumgenossenschaften in den Kreis der Kreditsucher in diesen Antrag müsse sich seine Partei entschieden aussprechen. Den Antrag der Deutschnationalen über die Verkehrsunternehmen und die soziale Versicherung lehnt seine Partei ab. Man wolle absolute Klarheit: Billige Zinssätze und langfristige Rückzahlungstermine und kaufmännischen Mittelstand.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff: Hier handelt es sich um eine Sonderaktion für den gewerblichen Mittelstand. Es fragt sich aber, woher die Mittel genommen werden sollen, um die 50 Millionen flüssig zu machen. Es kann nur auf die verfügbaren Ueberschüsse zurückgegriffen werden. Eine Erklärung, die 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, kann der Minister nicht ohne weiteres abgeben. Wenn es aber der Sinn des Antrages sei, daß eine Umdisponierung erfolgen sollte, um auf diesem Wege vorwärts und dem Ziele näher zu kommen, so sei er damit vollkommen einverstanden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wandte sich der kommunistische Abg. Stolt unter lebhaftem Widerspruch gegen den Antrag, die Konsumgenossenschaften aus dem Kreis der zu berücksichtigenden Kreditsucher wiederauszuschalten. Er erklärte sich auch gegen den Antrag der Deutschnationalen.

Abg. **Kniest** (Dem.) verweist darauf, daß die Regierung auf dem Gebiete des gewerblichen Mittelstandes tatsächlich allerlei Unterlassungssünden wieder gutzumachen habe.

Abg. **Lodenhorff** (Wirtschaftspartei) stimmt dem Ausschußvorschlage unter der Voraussetzung zu, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei hinsichtlich der Konsumgenossenschaften angenommen wird und begründet einen Antrag seiner Partei, das Staatsministerium solle dafür sorgen, daß den Kreditorganisationen des gesamten Mittelstandes in Stadt und Land laufend größere Mittel über die Landzentralkreditinstitute zugeführt werden. Die genossenschaftlichen Bestrebungen des selbständigen Mittelstandes müßten tatkräftige Förderung erfahren.

Die Aussprache wird darauf auf Freitag 12 Uhr vertagt.

Die Junglehrerfrage im Reichstag

Berlin, 10. Juni.

(Eigener Drahtbericht.)

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und teilt u. a. mit, daß der Abg. Severing (Soz.), der preußische Innenminister, wegen Krankheit 4 Wochen beurlaubt ist.

Die Verträge mit Ungarn über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen werden angenommen.

Bei den Abkommen mit Polen über Regelungen im kleinen Grenzverkehr erhebt

Abg. Frau Lüders (Dem.) Beschwerde über die Paßschwierigkeiten, die von polnischer Seite sowohl bei der Einreise wie bei der Ausreise gemacht werden. Am schlimmsten ist es, wenn man aus Deutschland in das ehemals deutsche Gebiet will. Es dauert oft ½ Jahr lang, bis die Einreiseerlaubnis erledigt ist. (Hört, hört.)

Abg. **Schultz-Bromberg** (Deutschnational) bestätigt, es sei praktisch unmöglich, z. B. aus Deutschland schnell in die polnisch im polnischen Besitz befindlichen Landesteile zu kommen. Infolge der polnischen Willkür könne man z. B. an einem Begräbnis niemals teilnehmen.

Gesandter Dr. Eckart erklärt die Beschwerde als durchaus berechtigt. Durch den vorliegenden Vertrag sollen aber die Härten beseitigt und auch die Gebühren verbilligt werden. Letzteres beziehe sich der Vertrag nur auf die Grenzbewohner. Selbstverständlich werde alles geschehen, um den Uebelständen entgegenzutreten.

Der Vertrag wird dann dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Ausschusses für Bildungswesen

über die Junglehrerfrage.

Zu dieser Frage sind von allen Parteien zahlreiche Anträge eingegangen. Der Ausschuß für Bildungswesen ersucht die Reichsregierung, in den Haushaltsplan für 1925 ausreichende Mittel zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der jungen Lehrer und zu ihrer wissenschaftlichen und praktischen pädagogischen Fortbildung einzustellen.

Abg. Mumm (Deutschnational) empfiehlt den Ausschußantrag.

Abg. Neubauer (Komm.) beantragt, 40 Millionen für die Junglehrer flüssig zu machen.

Abg. Seiffert (Deutschvölk.) regt an, die Junglehrer zur Vertretung von erkrankten Lehrern heranzuziehen.

Zur Beratung steht dann der Bericht des Ausschusses über den Gesetzentwurf zur Aenderung der Pachtschutzordnung. Die neue Vorlage bringt eine Reihe von Verbesserungen. Ferner wird angeregt, eine einheitliche Pachtschutzordnung zu erlassen, in der alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen zusammengefaßt sind.

Abg. Becker-Arnsberg beantragt, die Beratung auszusetzen. Durch Abgählung wird mit 147 gegen 104 Stimmen in dieser Richtung beschlossen.

Ein völkischer Antrag, am Freitag eine Regierungserklärung über die Entwaffnungsnote zu fordern, wird gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung: Haushaltsplan des Reichsministeriums des Innern.

Landtagsabgeordneter Lieberasch verurteilt

Leipzig, 10. Juni.

Der Landtagsabgeordnete Lieberasch hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil die „Sächsische Arbeiterzeitung", für die er verantwortlich zeichnete, verschiedene Artikel veröffentlicht hatte, in denen die Reichswehrsoldaten als Bluthunde, Henkersknechte usw. bezeichnet worden waren. Weiter standen schwere Beleidigungen zur Aburteilung, die sich gegen den Staatsanwalt Dr. Kretlow und gegen den Eisenbahnobersekretär Beuting richteten. Der Landtagsabgeordnete Lieberasch vermochte den Wahrheitsbeweis in keinem einzigen der zur Aburteilung stehenden Fälle zu erbringen und wurde zu einer Gesamtstrafe von 1400 Mark verurteilt. Dem Beleidigten wurde außerdem die Befugnis zugesprochen, das Urteil nach erlangter Rechtskraft in zwei Leipziger Zeitungen zu veröffentlichen.

Die polnischen Abgliederungsabsichten auf Danzig

Danzig, 10. Juni.

Nach soeben aus Genf eingetroffenen Nachrichten hat die polnische Regierung bezüglich der Abgrenzung des Danziger Hafens für den polnischen Postdienst beantragt, daß die ganze Stadt Danzig postalisch als Hafen gelten soll, weil Hafen-Stadt und Hafen im wirtschaftlichen Sinne identisch seien. Hiernach würden auch die polnischen Briefkästen in der gesamten Stadt Danzig bestehen bleiben. Der Danziger Vertreter vertritt den Standpunkt, daß nicht die ganze Stadt Danzig unter den Begriff „Hafen" falle, sondern nur jene Teile Danzigs, die der Verwaltung des Hafenausschusses unterliegen. Solch eine Abgrenzung könne lediglich an Ort und Stelle durch eine besondere Völkerbundskommission erfolgen unter Würdigung aller Umstände und Verhältnisse.

Der Hüttenkönig

16]

Roman von Hans Richter.

Nachdrucksrecht bei August Scherl. G. m. b. H., Berlin.

Peter besah ihn mit einer gewissen Neugier. Das war also der Mensch, der maßgebend für die Kleidung des Herrn war, der diktierte was man tat und was man nicht tat, ohne den ein Tanzturnier, ein öffentlicher Ball, ein Bazar schlechterdings unmöglich war. Dann besann er sich, daß er ja auch seinen Namen nennen mußte.

C. F. Torsten horchte auf „Doktor Peter Carstens?"

Peter wiederholte.

Der andere putzte umständlich und mit Liebe das Einglas, kokettierte dabei mit einem dünnen, goldenen Kettchen, das wie ein Gedanke um sein linkes Handgelenk lag.

„Sie sind das Gespräch der letzten drei Tees gewesen, auf denen ich war."

Peter sah gleichgültig aus. C. F. Torsten sprach in seiner monotonen Art weiter. „Bitte, das ist sehr viel, bedenken Sie, drei Tees, bei der — ja, wo war das doch? Ich erinnere mich wirklich nicht mehr, sicher war es das eine Mal aber die schöne Recha."

„Wer ist das?" fragte Peter belustigt.

„Tun Sie doch nicht so, Verehrtester, Recha Goldstein, die Herrin dieser feudalen Karawanserei."

„Ich hatte bisher nur flüchtig das Vergnügen."

„Vergnügen stimmt hier einmal. Recha Goldstein ist eine fabelhafte Frau. Der Schuß Paris-Cote d'Azur, den die Frau haben muß, wenn sie auf die Dauer reussieren will. Hat nur eine Eigenschaft, die lächerlich wirken könnte. Wie die Töchter Judä liebt sie es, gelegentlich ihr Kamel zur Tränke zu führen." Er lachte zynisch. „Vielleicht — gehorsamster Diener — wir sehen uns noch."

Er war in den Flur getreten und beugte sich über eine Frauenhand.

Peter sah ihm nach. Eklhafter Kerl, dachte er, hat etwas im Blick, was die Frau, die vor ihm steht, zu entkleiden scheint. Er erinnerte sich Artikel von ihm gelesen zu haben. Aus Langerweile hatte er sich einmal die Zeitschrift gekauft — aus Langerweile — nein, es war ein anderer Grund gewesen. Das Titelbild hatte ihn gereizt. Das war Trude — unter einem Bühnennamen, der in nichts an Mühsam erinnerte. Ihr Kopf riesengroß, das stereotype Lächeln der Bühnenschönheit auf dem Gesicht. Sie mußte Karriere gemacht haben, denn das Bild zeigte sie in der Titelrolle eines modernen Stückes, das seit Wochen auf dem Spielplan stand.

Er hatte endlich die Handschuh an die Finger bekommen und ging langsam auf die Tür zu, die ein Diener vor ihm aufstieß.

In der mächtigen Halle, die durch sämtliche Stockwerke der Villa ging, standen die Gäste in Gruppen beieinander. Er mußte sich erst orientieren. Dort, in der Mitte, die Dame im langen schwarzen Kleid, tiefausgeschnitten, mit bloßen Armen, das mußte die Hausfrau sein. Sie sprach gerade mit Torsten.

„Warum haben Sie gerade das volkswirtschaftliche Thema gewählt?" wollte Goldstein wissen. „Ich habs nicht gelesen, aber man hat mir berichtet. Unsereiner möchte schon, aber er kann nicht. Die Börse nimmt zu sehr in Anspruch."

Peter wich aus. „Meine chemischen Arbeiten sind noch nicht soweit gediehen. Man muß da umfangreiche Experimente machen, die Zeit brauchen."

Neue Gäste nahmen die Hausfrau in Anspruch, und Peter wurde zur Seite gedrängt. So hatte er Zeit, seine Umgebung zu mustern. Schwere Teppiche hingen an den Wänden, wundervolle Gobelins, der Fuß versank in dicken Persern. In einer Nische standen geschnitzte Sessel um einen Ebenholztisch. Dazwischen bewegte sich eine Gesellschaft, deren Zusammensetzung ihm noch fremd war.

Torsten stand wieder neben ihm. „Frau Recha versteht es, geistvoll zu mischen. Sie sehen hier die ganze Hochfinanz Berlins, an den Frauen erkennlich. Ein bißchen viel Perlen und Brillanten, dazu Ausschnitte, wie Sie sie kaum in der Friedrichstraße finden werden. Man zeigt, was man hat, wahllos. Damit aber die Börse nicht dominiert, und wir später nur den Kurszettel hören, sehen Sie dort, was man noch so hat in Berlin. Das düstere lange Wesen in der Ecke ist unser prominentester Schauspieler, Geist in Reinkultur, vierte Dimension. Alle Frauen Berlins träumen von den fanatischen Augen, das Gänsehen rechts ist seine Frau. Der Langhebaarte schreibt Gedichte, die so tiefsinnig sind, daß er sie selbst nicht versteht. Aber da —" er klemmte das Glas fester ein —, „wie kommt Saul unter die Propheten!"

Peter war seinem Blick gefolgt. An der Seite eins älteren Herrn war eben ein junges Mädchen mit einfach zurückgekämmtem Haar in den Saal getreten. Ihr schmuckloses, weißes Kleid hob sich auffallend von den Toiletten der anderen Damen ab. Um den Hals trug sie nur ein schmales Kettchen mit einem Medaillon, das in den viereckigen Ausschnitt fiel. Peter sah, daß sie jetzt Frau Recha begrüßte, deren Augen zu suchen schienen. Als sie ihn fanden, winkte sie leicht mit dem Kopfe. Peter trat näher.

„Darf ich Sie mit Ihrer Tischdame, Fräulein Bollerus, bekanntmachen, Doktor Carstens?"

Das Mädchen gab ihm zögernd die Hand, der alte Herr wandte sich zu ihm. Sind sie Möbius Schüler?"

„Ich habe in den letzten Jahren viel an seinen Arbeiten teilnehmen dürfen."

Der andere wurde lebhaft. „Weiß ich, weiß ich. Der Kollege hat von Ihnen gesprochen. Ich bin sein Nachfolger, schade, daß er seine Arbeiten verlassen mußte."

„Professor Möbius hat lange gezögert, ob er den Ruf nach Japan annehmen sollte."

Das junge Mädchen wurde interessiert. „Und was ist Ihre Meinung, Herr Doktor? Es ist nämlich eine alte Streitfrage zwischen mir und dem Papa . . ."

„Keine Beeinflussung, Hella, wie denkt die Jugend über solche Fragen?"

„Ich halte jede Bestrebung, die Wissenschaft zu internationalisieren, für richtig. Ein Band muß sich um die ganze Erde schlingen, das die Erzeugnisse des einen Erdteils dem anderen zumutze macht. Herr Professor Möbius war keinen Augenblick im Zweifel, daß er den Ruf nach Tokio annehmen müsse. Gerade für seine praktischen Studien wird er im fernen Osten reiches Material finden.

Borellius brummte. „Die Asiaten wollen nicht geben, die wollen nur nehmen. Unsere Wissenschaft kaufen. Das sollte man nicht unterstützen."

Hella lachte. „Aber Papa, Professor Möbius läuft doch nicht die Jahre mit verbundenen Augen durch Japan. Keiner wird ihn hindern, dort seine Studien zu machen. Ich freue mich, Herr Doktor, daß ich endlich geistige Unterstützung bekommen habe. In Heidelberg war alles auf die Meinung meins Vaters eingeschworen.

Es kam Bewegung in die Gäste, die Gruppen lösten sich auf, verteilten sich in Nebenräume in denen die Tafeln gedeckt standen. Der Professor sah verlegen um sich. „Wen soll ich nur zu Tisch führen?"

Recha Goldstein stand lächelnd neben ihm. „Darf ich Sie bitten, Herr Professor." Ihre Augen suchten wieder Peter Carstens. „Wir sitzen dort rechts, Herr Doktor."

Er folgte ihr mit Hella am Arm. In der Tür streiften sie Torsten, der kühl überlegen dem Gewimmel zusah. Seine Lippen waren dünn aufeinandergekniffen.

Recha führt ihr Kamel zur Tränke, glaubte Peter zu hören.

Leitsätze aus Mühsams Artikeln schwirrten Peter durch den Kopf. Er sah die befriedigten Gesichter, mit denen die Herren die Speisenfolge durchsahen, den beinahe zärtlichen Augenaufschlag, den sie für den Schloßabzug übrig hatten. Einzelne Sätze flogen an seinem Ohr vorbei. Manchen sah man es deutlich an, daß die Sitte, mit Frauen zu Tisch zu gehen, ihnen höchst unpraktisch erschien. Börsenthemen flatterten auf. Aktien wurden genannt. Für die Frauen hatte man banale Gleichgültigkeit übrig — oder satte faunische Blicke.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192506112-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 11. Juni.

Nur 1 Mark das Los!

Tausende hatte das schöne Wetter des Sonntags auf den Marktplatz gelockt. Alles glühte vor Erregung und von der brennenden Sonne, und in den Pausen eilte alles zu den Erfrischungsstellen. Limonade, Bier, Eis, Erdbeeren, Schlagsahne, Torte — — Geld spielt an solchem Tage einmal keine Rolle, nach den jahrelangen Entbehrungen des Krieges will man auch mal wieder genießen und sich des Lebens freuen. Warum auch nicht? Wer in redlicher Arbeit an langen Wochentagen sich abgequält hat, kann sich auch wohl am Sonntag etwas gönnen. Aber nicht nur an sich soll der Mensch denken, auch andere, denen es nicht so gut geht wie dem, der arbeiten kann. Es gibt viele, ach, unzählig viele alte schwache Leute, die sich nichts mehr, oder fast nichts mehr, erarbeiten können, gibt viele, ach unzählig viele garte schwache Kinder, die verkümmern, weil die Eltern ihnen nicht die rechte Pflege angedeihen lassen können. Wer hilft denen? Der Vaterländische Frauenverein hat eine Lotterie veranstaltet, deren Ertrag all diesen Armen und Schwachen zugute kommen soll. Aber wer kauft die Lose, die außer dem guten Zweck noch schöne Gewinne verheißen?

Auf dem Rennplatz gehen unermüdlich zwei junge Mädchen mit einem Päckchen Lose in der Hand. Freundlich und bescheiden bieten sie überall an: „1 Mark das Los zum Besten der Altersfürsorge." Wer kauft? Unfreundlich lehnen die meisten ab, nur selten, daß ein alter Herr mit gutmütigem Gesicht sagt: „Aber gern, geben Sie mir nur ein Los", oder daß ein hübsch gekleidete junge Frau liebenswürdig lächelt und ein Los geben läßt. So freundlich die jungen Mädchen auch bitten, meist werden sie abgewiesen.

Ihr alle, die Ihr gebeten werdet, die Ihr noch arbeiten könnt, die Ihr die Pfingsttage in schöner Natur mit lieben Menschen, bei Musik und heiteren Genüssen feiern konntet: denkt an die Alten, Schwachen und Kranken und geht Euer Scherflein, und gebt es gern: denn einen fröhlichen Geber hat Gott lieb!

— **Die Plakate der Werbewoche heraus!** Für die Hallesche Werbewoche „Stadt und Land" ist vom Hallischen Wirtschafts- und Verkehrsverband eine großzügige Propaganda eingeleitet worden, die sich weit über den Umkreis der Stadt Halle erstreckt. In allen Orten der Umgebung ist das Plakat der Werbewoche mit einem kurzen Programmauszug an den Anschlußsäulen angeschlagen. Hunderttausende von den auch in den Straßen der Stadt Halle verteilen Propagandazetteln sind durch Briefbeilagen der Hallischen Geschäfte herausgegangen. Die großen Nachrichten-Institute sind zur Berichterstattung aufgefordert worden. In Halle selbst sind an die einzelnen Geschäfte mehrere Tausende Plakate zur Verteilung gelangt. Leider ist es heute nur ein geringer Prozentsatz davon zu sehen. Die Geschäftsinhaber mögen doch bedenken, daß sie für sich selbst handeln, wenn sie für die Werbewoche Propaganda machen. Darum ergeht nochmals die Aufforderung an alle Geschäfte, die die verlassenen Plakate in ihren Schaufenstern zum Aushang zu bringen.

— **Das große Provinzial-Bundesschießen,** das der Hallesche Schützenbund in den Tagen vom 14. bis 18. Juni auf seinem Schießhaus „Birkhahn" ausrichtet, nimmt im Rahmen der Hallischen Werbewoche einen ersten Platz ein. Der große Festzug am Sonntag bewegt sich um 11½ Uhr vormittags vom Wettenplatz aus nach dem Marktplatz, wo die Übergabe des Bundesbanners erfolgt; hierauf geht es auf dem kürzesten Wege nach dem „Birkhahn".

— **Bei der 25. Jubiläumsversammlung des Männervereins St. Ulrich** unter Leitung von Oberpfarrer Thiede hielt Pfarrer Koenneke-Halle am Montag abend im „Stadtschützenhaus" den Hauptvortrag über evangelischen Oeffentlichkeitsdienst, in dem er besonders den evangelischen Pressedienst und seine Mitarbeit an der Tagespresse, die evangelische Elternbund- und Volksbildungsarbeit beleuchtete. Jeder evangelische Christ habe eine Aufgabe an der Oeffentlichkeit und die Oeffentlichkeit eine Aufgabe gegenüber der mannigfachen Arbeiten evangelischen Christentums. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Aussprache sowie die Besprechung verschiedener Gemeindeangelegenheiten. Das Sommerfest der Ulrichsgemeinde findet am 28. Juni im „Stadtschützenhaus" statt. Kantormann Wulff berichtete über das Konkordat in seiner geschäftlichen Entwicklung und Bedeutung für die Gegenwart.

Volkswirtschaft

38. Deutscher Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen erstattete der stellvertretende Verbandsdirektor Saal-Darmstadt einen Bericht über genossenschaftliche Werbearbeit und die sich daraus ergebenden Forderungen.

Auf sorgfame Pflege einer zielbewußten genossenschaftlichen Werbetätigkeit muß für die Folge das Augenmerk der Verbände in stärkerem Maße gerichtet sein, nachdem allgemein die Propaganda im Wirtschaftsleben erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Die gegebenen Führer auf dem Gebiet der genossenschaftlichen Werbearbeit sind die Verbände, deren Tätigkeit auch hier den angeschlossenen Genossenschaften praktisch verwertbare Beispiele und im Einzelfalle Anleitung geben muß. Es ist hierbei darauf zu achten, daß die Werbearbeit in jedem Falle im Einklang steht mit den erzieherischen Aufgaben des Genossenschaftswesens und insbesondere nicht in marktschreierische Reklame ausartet. Sie muß sich in geeigneter Weise sowohl an die Mitglieder als auch die noch Abseitsstehenden wenden und neben der Hervorhebung der geschäftlichen Vorteile durch die Mitgliedschaft auch auf die ferngesteckten ideellen Ziele genossenschaftlicher Gemeinschaftsarbeit verweisen.

Bei aller Notwendigkeit der individuellen Gestaltung genossenschaftlicher Werbetätigkeit bedarf es hierfür, zum mindesten innerhalb des Verbandsbezirks, eines einheitlichen Zuges, in dem die Zusammengehörigkeit zur gemeinsamen Landesorganisation zum Ausdruck kommt. Erwünscht ist darüber hinaus ein einheitliches Zeichen der Zugehörigkeit zum Reichsverband.

Nach kurzer sich daran anschließender Debatte sprach als letzter Herr Dr. Hahne-Halle über die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei den Versuchsringen in der Landwirtschaft.

Die überraschend schnelle und umfangreiche Entwicklung des Versuchsringwesens beweist, daß Organisationen dieser Art einem dringenden Bedürfnis entsprechen. Die Möglichkeit, wichtige Fragen der Feldwirtschaft durch örtliche Versuche zu klären, verschafft nicht nur den einzelnen Betrieben bessere Existenzmöglichkeiten, sondern dient auch gleichzeitig zur Hebung der Produktion im volkswirtschaftlichen Sinne. Während die Bildung solcher Versuchsringe im Großgrundbesitz nicht auf Schwierigkeiten stößt, ist der Klein- und Mittelbesitz nicht in der Lage, derartige Organisationen zu gründen und durchzuführen. Insbesondere ist es nicht möglich, die zu einem Versuchsring erforderliche Fläche zusammenzuschließen oder bei einer entsprechend kleineren Fläche die erforderlichen Geldmittel aufzubringen.

Es erscheint daher angebracht, die Gründung sogenannter „bäuerlicher Versuchsringe" durch die ländlichen Genossenschaften ins Leben zu rufen um im Interesse ihrer Mitglieder durchzuführen. Es wird empfohlen, diese genossenschaftlichen Versuchsringe, soweit die Möglichkeit dazu vorliegt, in engerem Anschluß an die örtlichen Landwirtschafts- bzw. Bauernkammern anzugliedern und deren Mitwirkung heranzuziehen, um entsprechende pekuniäre Unterstützung des Reiches oder der Länder im Interesse der Hebung der Landeskultur herbeizuführen.

Ostbevölkerung.

Berlin, 10. Juni. Bukarest —; Warschau Geld 80,525, Brief 80,925; Kattowitz dto.; Riga Geld 80,475, Brief 80,875; Reval —; Kowno —; Polen-Noten Geld 80,525, Brief 81,025; Lettland —; Estland —; Posen Geld 80,525, Brief 80,925; Litauen —.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 10. Juni.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 100 Kilo

Elektrolytkupfer	128,00	Orig.-Hütten-Aluminium Walzdraht od. Drahtb. 98%	245—250
Zinkhüttenverbandspreis	—	Zinn (Banca-Straits-Australi	—
Raffinadekupfer	—	Hüttenzz. mind. 99%	—
Orig.-Hütt.-Weichbl.	—	Reinnickel (98-99%)	345—350
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	67,50—68,50	Antimon (Regulus)	126—128
Remelted-Platt.-Zink	61,0—62,0	Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	94,25—95,25
Orig.-Hütten-Aluminium	235—240		

Leipziger Börse vom 10. Juni

	10. 6	9. 6.		10. 6	9. 6.
Adca.	86,—	86,20	Stöhr	31,60	34,20
Lpz. Hyp.-Bk.	4,60	5,30	Textilose	37,50	43,—
Sächs. Bk.	52,60	52,50	Thür. Wolle	87,—	88,75
Allg. Pfannen	70,—	70,—	Tittel u. Kr.	128,0	130,0
Mansfeld	60,—	65,50	Trautner	68,—	72,—
Oelmühle	82,—	82,—	Wernsdorf	60,—	—,—
Eilenburg	2,—	2,—	Zittau M. B.	71,—	75,—
Zimmermann Halle	20,—	23,—	Alg. Schlesiehdb	114,0	114,0
Germania Chemn.	48,—	48,50	Burg. Kunstm.	57,—	61,—
Hartmann Chemn.	50,—	56,50	Glanz. Zucker	68,50	160,0
Kirchner	19,50	22,—	Halle Zucker	18,—	18,—
Meniger	36,—	38,—	Körbisdf. Zucker	112,0	112,0
Pittler	135,0	140,0	Quedl. Zucker	—,—	—,—
Presto	128,0	130,0	Ubrome Rajoch	67,—	74,50
Schönherr	101,0	101,0	Grünwald	15,—	13,—
Schub. u. Salzer	127,0	129,0	Jaradit	8,90	9,90
Sondermann	0,27	0,27	Färb. Glauchau	70,—	70,—
Wanderer	3,25	3,40	Peter	40,—	41,—
Kölmann	78,—	80	Hupfeld	66,50	69,25
Zimmerm. Chemn.	28,60	32,50	Ehold u. Kiesl.	88,—	88,50
Cattel. Jute	180,0	183,0	Landd. Kulko.	65,—	69,—
Chemn. Spinne	134,0	138,0	Piano Rönn.	8,70	8,90
Dürfeld	98,50	100,0	Vindner	64,50	65,—
Hallensein	67,—	67,—	Neuhaus. Walther	62,—	70,—
Gera Jute	300,0	300,0	Rinnet	81,—	82,—
Kamm. Gautsch	68,50	67,—	Sächt. Werk	1,75	1,80
Köbte	8,75	9,30	Schnelder	51,—	55,—
Lpz. Baumwolle	133,0	136,0	Thür. Gas	65,75	70,—
Lpz. Kammgarn	102,2	102,2	Preßitz A	89,—	90
Lpz. Spitzen	63,—	65,—	Preßitz B	89	90
Lpz. Trieos	130,0	130,0	Preßitz C	89	90
Lpz. Wolle	100,0	101,0	Leipziger Lingr.	180,0	180
Moenane Kamm.	74,—	74,—	Zimrip Steine	100,0	100
Mitthw. Baumwolle Sp	149,0	157,0	Emil Winter	71,—	74,—
Mitthw. Baumw. Web.	64,50	65,—	Thermotid	57,—	60,—
Nordb. Wolle	100,0	107,0	Dresdnerer Landtrst.	0,86	0,90
			Ver. Chem. Heip	60,—	66,—

Wertbeständige Anleihen

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
5% Ank. Roggenm.	6,50	6,50	Chem. Wk. Kohle	9,90	9,85
5% Bd. Bd. Elect. Kohle	9,10	9,10	Pr. Bodenkr. Gold	1,50	1,50
5% Berl. Hyp. B. G. Pf.	1,86	1,86	5% Pr. Ctr. Bder. Gold	67,—	67,50
Berl. Roggenanl. "	6,50	6,85	5% do. Gold Komm.	62,50	63,—
5% Braunschweig. Hyp. Bnk.	1,90	2,—	Sächs. Bodenkr. Pfdbr.	5,70	5,75
Breslr. Kürsten. Grundsin.	13,75	13,75	5% do. Roggen-Komm.	5,05	5,10
5% Elektro-Zweckerd. Mitteld. Kohlenw.	2,65	2,80	Preuß. Kalin. Anl.	3,55	3,60
7% Ges. Verdeut. Anleih.	6,50	6,70	5% do. Roggen-Anl.	6,—	6,05
Roggenw.-Anleihe	6,—	6,—	5% Sächs. Bdbk. Roggen	6,—	6,05
6% do.			5% Rhein-Main-Don. G.	61,50	61,50
5% Frankf. Hypothk. Pf. Gold	1,60	1,63	5% Rh.-Westf. Bdr. Reg.	5,20	5,30
5% Gotha Grdl.	71,—	—,—	5% do. Roggenmm	—,—	—,—
Großkraftw. Hann. S. R. 1	11,—	—,—	5% do. Roggenrenten-Bl.	4,85	5,10
Großkr. Mann. Lgbl.	10,25	—,—	5% Sächs. Bmt. Bl. 1	2,40	2,35
6% Hess. Brt. Hy. W.	—,—	5,—	do. Anlg. 4	2,26	2,28
Kurm. Neum. Hyp.	5,95	—,—	do. Anlg. 4	2,25	2,25
Landsch. Centr.-Hyp.	4,75	4,90	5% Sächs. Staats Hypo	7,—	7,—
5% Hys. Hyp. Bk. Gold	—,—	1,63	5% Schles. Bdbr. Gold	1,60	1,61
5% Mecklenbg.-Schwer Roggenm.-Anl. 1	4,77	—,—	Schles. Bdb.-Roggen	4,75	5,01
5% Meiningen. Hyp. Bk. Gold	1,60	1,50	10% Pommern Roggen	7,40	7,90
5% Nedar Gold Anl.	9,50	10,20	5% Schm.-S. El. W. Gb. A.	—,—	5,14
5% Nordd. Grundk. Bl. Gold	1,59	1,59	5% do. Bdbk. Rbg.	—,—	5,32
Oldenb. Rogg.-Anl.	22,90	22,20	6% Westfälische Prov.-Kohle 23	10,65	10,50
			6% Westf. Bdr. Gold	7,15	7,20
			6% Zuckerfabrik Gold	69,45	69,45

* Bill. Mk. p. Zentner. * Bill. Mk. p. Zentner. Bill. Mk. p. 100 kg. Bill.

Leipzig, 10. Juni. Hansa Lloyd 60, Kammgarn Silberstr. 0,85, Ley Anstadt 50, Planetektor Apag —, Polack Gummi 1,6, Riesaer Bank 90, Wolf Buckau 51,5, Zörbig Bank —.

Zur Wiederholung der Bayreuther Bühnenfestspiele 1925

Von **Hans Freiherr von Wolzogen,** Bayreuth.

Die Wiederaufnahme der Bayreuther Bühnenfestspiele nach einjähriger Pause im vorigen Sommer war ein Wagnis, aber es ist geglückt, so daß schon in diesem Jahre nach alter Gewohnheit eine Wiederholung derselben Werke stattfinden kann. Sonst ist es immer geschehen worden: zwei Jahre hintereinander, dann ein Jahr Pause zur Vorbereitung eines neuen Werkes. Die zehn Jahre Pause, die nun hinter uns liegen, konnten keinerlei Vorbereitungen dienen, im Gegenteil: es mußte unter der Not der Kriegs- und Folgejahre alles ruhen und schien für immer ruhen zu sollen. Auch für das Jahr 1924 hatte man in Bayreuth selbst noch nicht an die Wiederaufnahme gedacht, man wartete wenigstens erst wieder auf ein Vorbereitungsjahr und auf die Möglichkeit von Festspielen 1925. Aber das Verlangen nach „Bayruth" äußerte sich innerhalb der leidenden deutschen Welt allgemach so dringend, so unwiderstehlich, es bildeten sich beständig schon Vereinigungen zur Beschaffung von Mitteln für den Beginn der nötigsten Arbeit, die „Deutsche Festspielstiftung Bayreuth" trat in Leipzig in erfolgreiche Tätigkeit, wie happy auch die Zeit war für die schwere Aufgabe des völligen Wiederaufbaues. Siefried Wagner entschloß sich, das Werk zu unternehmen, und der Entschluß hat sich gelohnt. In Anbetracht dessen, was zu leisten war, der vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dabei noch gar nicht zu gedenken, wurden im Sommer 1924 den alsbald herausströmenden Festgästen zwanzig Aufführungen des „Ringes", der „Meistersinger", des „Parsifal" angeboten, welche imstande waren, durchaus die weltgewohnte, man darf wohl sagen: altgeweihte Eigensphäre von Bayreuth wieder mit Erhebung und Begeisterung genießen zu lassen. Was zu leisten war, der vielen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dabei noch gar nicht zu gedenken, wurden im Sommer 1924 den alsbald herausströmenden Festgästen zwanzig Aufführungen des „Ringes", der „Meistersinger", des „Parsifal" angeboten, welche imstande waren, durchaus die weltgewohnte, man darf wohl sagen: altgeweihte Eigensphäre von Bayreuth wieder mit Erhebung und Begeisterung genießen zu lassen. Was diese ersten Festspiele nach der langen stummen Zeit hatten noch einen ganz besonderen Charakter, wie er der Idee nach hätte stets ihnen eigen sein sollen, wie ihn eigentlich nur die Welt hervorbrachte: die deutsche Kunst fand ihr deutsches Volk. Wohl waren schon in den letzten Jahren vor dem Kriege bis zu der Fünftel des Publikums Deutsche gewesen, aber dieses hatte das Deutschsein noch eine andere Bedeutung. Nicht war vor allem, was man sah, von deutscher Art, und zwar vorzugsweise guter Bürgerstand, der trotz seiner Notlage sich soviel erübrigt hatte, um nur eben diesen unvergleichlichen künstlerischen Trost im Leben der Zeit sich zu verschaffen. Es war auch zweifellos das allgemeine Bewußtsein lebendig, lebendiger als je, daß hier in Bayreuth eine echtdeutsche Sache in schöner Wahrheit noch gerettet war, ein ideales Zeugnis dafür, daß Deutschland dennoch nicht untergehen kann und wird.

Dies sprach sich ergreifend aus in der ganz unwillkürlichen Bewegung des gesamten Publikums am Schlusse der ersten „Meistersinger"-Aufführung, als es sich bei den Worten des Hans Sachs erhob und des Raumes vergessen, doch vom Geiste der Sache erfüllt und hingerissen, das Deutschlandlied anstimmte. Im Sinne des lebendigen Deutschbewußtseins, das mit Kampfpolitik und Parteigeist nichts zu tun hat, weitergeführt, werden die Festspiele auch weiterleben.

Damit ist das Wesentliche gesagt, und am Wesentlichen muß man sich bei so großen Unternehmungen halten. Bedeutungslos sind dagegen nie ganz zu vermeidende, notgedrungene Mängel im Einzelnen. Wie es ganz begreiflich war, daß das Jahr 1924 noch etliche Arbeit für 1925 übrig lassen mußte (wie denn überhaupt die Arbeit in Bayreuth niemals aufhört), so wird auch jedes noch so gut vorbereitete Festspiel immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben und auf Notbehelfe angewiesen sein, welche sich aus den äußeren Verhältnissen ergeben und nirgends besser bekannt sind als in Bayreuth selbst. Da sollte man doch nicht so sehr damit rechten, was einmal fehlt, als vielmehr anerkennen, was trotz allem geleistet wird. Jedenfalls wird die Arbeit für 1925 bereits Beweise dafür liefern, daß sie eine förderliche Fortsetzung der Arbeit für 1924 gewesen ist. Immer noch Aufgaben hat sich zu haben, das ist allemal ein schönes Lebenszeichen und gibt das Recht zu leben. Es sind auch einige neue und junge Kräfte gewonnen worden, — darin besteht ja die „Bayreuther Schule in Wagners Sinne" — während im Ganzen darauf gesehen wird, den alten Stamm zu erhalten. Vor allem bleiben die Leiter des Orchesters und der Chöre dieselben, womit die Grundlage des Ganzen gesichert ist: man kennt und ehrt die Namen: Muck, Balling, Busch, Köhler, Rüdel, Kittel, Neuerdings hört man viel Stimmen die den „Fortschritt" in der Szenerie predigen. Es heißt: man solle mit der Zeit gehen — das Publikum verlange Neues, vertrage das Alte nimmer. An den Theatern herrschen wechselnde Moden; sie haben dem Geschmack des Publikums zu dienen, oder glauben es zu müssen. Das Publikum selber weiß oft nichts davon. Augenblicklich wird die Bühne noch vom Kubismus „szeniert" — wie lange noch?

Bayreuth braucht solche Launen nicht mitzumachen. Es wird immer bemüht sein, alle Fortschritte der Technik zu benutzen, aber stets nur zu dem einen Zwecke, die Werke seines Meisters so darzustellen, wie es den dramatischen Forderungen genau entspricht, oder: wie der Geist des Meisters es gesehen hat. Denn auch die Szene gehört zur Dichtung. Der schöne Erfolg der vorjährigen Festspiele hat es ermöglicht, für eine lange erwünschte dekorative Verbesserung einen bedeutenden Anbau am Festspielhause ausführen zu lassen. Man sieht: auch hier wird „fortgeschritten", zur Erfüllung der einen Aufgabe: Die Gedanken Richard Wagners nach Menschenkräften zu verwirklichen. Und so erhebt sich aus tiefster deutscher Not die Kunst von Bayreuth als eine trostreiche Wirklichkeit. Auf Wiedersehen dort im Sommer.

Zu Richard Strauß's „Josephslegende"

Festaufführung der „Stadt- und Land-Werbewoche" im **Stadttheater.**

Von **Heinz Beyer.**

Nachdem über 10 Jahre über diesem Standardwerke eines Richard Strauß vergangen sind, will Erich Band nun das Versäumte bei einer festlichen Gelegenheit nachholen und den Hallensern die Josephslegende bringen!

1914 beim Ausbruch des Krieges war es, als die Russen in Paris die Uraufführung dieses Tanzpoems zustande brachten. Der Weltkrieg selbst setzte zunächst dem Werke für die deutschen Bühnen unüberwindbare Schranken. Erst nach dem Friedensschluß, nicht zuminderst durch die pompöse Inszenierung in der Berliner Staatsoper, begann die „Josephslegende" auch auf den übrigen deutschen Bühnen aufzutauchen. Sie konnte nur langsam zögernd ihre „Rundreise" beginnen, da die meisten Bühnen, durch die allgemeine Theaterkrise gezwungen, ohne Ballett waren. Aus diesem Grunde stand auch in Halle die schon längst fällige Aufführung nach wie vor. Ein weiteres Hindernis der Verwirklichung war, daß kein deutschen Tänzer diese schwüle Atmosphäre, die schon die „Elektra" und die „Salome" atmet, an sich nicht liegt. Daher die Pariser Uraufführung durch den Russen Michel Fokin und die späteren Aufführungen durch Sergei von Diaghilew und sein Ballett!

Die Dichtung Hugo von Hoffmannsthals und Harry Graf Keßlers, dieser ist der Schöpfer des choreographischen Teiles, behandelt den uralten legendären Stoff aus der Bibel vom Hirtenknaben Joseph und dem Weibe Potiphars. Die Legende ist nach den eigenen Worten Hugo von Hoffmannsthals „im doppelten Sinne unerschöpflich: nach innen zu enthält sie das Menschliche Gleichbleibende in einer Verdichtung, die den Jahrtausenden widerfteht und jedem neuem Geschlecht durch frische unberührte Bruchflächen ergiebig wird, nach außen hin setzen sie die Phantasie der Welt unaufhängig in Bewegung, so dieser vom Kapitlichen Joseph, an welchem, nach so vielen Mustern und Malern und Dichtern, auch Goethe nicht unberührt vorübergegangen ist."

Hoffmannsthal und Graf Keßler versuchten eine Erneuerung des Balletts aus dem Geiste der neuen Zeit heraus. Es gelang ihnen nicht, etwas Neues zu bringen, da sie am längst Erprobten hafteten blieben und nur noch einmal das alte Tanzpoem vergangener Zeiten zur Schau stellten. Das Ganze ist darum als ein Werk äußerst interessanter Zwitterhaftigkeit zu werten! Die Musik, die Richard Strauß dazu schuf, trägt den Stempel des „Gelegenheitswerkes". Dieses offenbart sich einem mit jedem neuen Hören! Zuvor muß eingeschaltet werden, daß bei Richard Strauß das Gelegenheitswerk einen ziemlich breiten Raum einnimmt. Und gerade diese sogenannten „Gelegenheitswerke" sich denke an die „Alpensymphonie") sind bei Strauß oft Wunderwerke von Partituren! Als solch ein artistisches Wunderwerk ist auch die Musik zur „Josephslegende" zu werten.

Um nun dieses oben durch Hoffmannsthals Worte ausgedrückten Dualismus zum Ausdruck zu bringen, bedurfte es neben der Musik und dem Tanze noch eines dritten Faktors: des Kostüms. Dieser Kampf zwischen zwei Welten „reicht vom Kostüm bis in das innerste, durch Gebärden und Musik sich offenbarende Seelenleben der Figuren" (Graf Keßler). Die eine Welt ist die prunkhaft, üppige und schwüle Atmosphäre um Potiphar und sein Weib. Die andere Welt ist die des einfachen, herben aber wilden Hirtenknaben Joseph, der aus der Wüste erscheint und durch seinen Tanz die Begierden von Potiphars Weib weckt. Das Weib ist es, das den Kampf entfesselt, und dadurch den Untergang der eigenen „Welt" herbeiführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192506112-16/fragment/page=0003

Berlin, 10. Juni. An der heutigen Börse trat eine starke Verflauung ein, bei der führende Montanpapiere bis zu 10% einbüßten. Der große Verkaufsdrang scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß angesichts des Kapitalmangels jetzt noch größere Kongerne dazu übergehen, sich durch Abstoßung von Aktienpaketen flüssige Mittel zu verschaffen. Das Ausland ist angesichts der bereits erlittenen Verluste nicht geneigt, dieses Material aufzunehmen. Es verschärft vielmehr durch eigene Verkäufe die Lage.

Nachdem sich gegen Schluß der ersten Börsenstunde die Stimmung etwas beruhigt hatte, traten bald darauf neue Abgaben hervor, die die weiteren Vorstöße der Baissiere begleitet wurden. Die Tendenz der Börse blieb daher allgemein matt, namentlich Montanaktien und zwar in späterer Stunde, die dem Otto Wolff-Kongern gehörenden Rheinstahlwerke lagen erheblich abgeschwächt. Rheinstahl gingen mit 69 um, gegenüber einem Vortagskurse von 78. Auch Oelaktien starkt angeboten. Deutsche Erdöl 50 Pr. nach 59 am Vortage, Kriegsanleihe später 0,817%, Schutzgebietsanleihe 4,40. Bei weiterer lebhafterer Nachfrage nach Privatdiskonten blieben die Sätze unverändert 7% für kurzfristige und 7% für lange Sicht. Die Börse schloß in außerordentlich nervöser Haltung, nachdem während des gesamten Verlaufes in sämtlichen Werten größere Angebot auf den Markt gekommen war, das zum Teil aus Exekutionen von Lombardbepots, zum Teil aber auch von freiwillig abgegebenen Posten bestimmter Industriegruppen stammte, zeigt sich nachbörslich eine gewisse Beruhigung. Das Angebot war nicht mehr so dringend, so daß hier und da Erhöhungen um Bruchteile eines Prozents eintraten, die jedoch gegenüber den vorangegangenen Verlusten überhaupt nicht ins Gewicht fielen.

Frankfurt, 10. Juni. Beginn allgemein stark abgeschwächt, besonders für Aktienwerte, die etwa 3—4 Prozent gegenüber der gestrigen Abendbörse verloren. Phönig 90, Höchster Farben 112,5, Elberfelder Farben 101. Im Freiverkehr hörte man fast nur Briefkurse. Auch Anleihen stark rückgängig. Kriegsanleihe 332%, Schutzgebiet 4,45. Pfandbriefe gaben etwa 50 Pf. nach. — Geldsätze unverändert.

Hamburg, 10. Juni. Die schwache Tendenz hielt an der heutigen Börse weiter an. Die meisten der genannten Kurse sind Briefkurse, denen keine Nachfrage gegenüberteht, so daß auch eine Kurstage in den meisten Fällen unmöglich war. Von Schiffahrtswerten waren Paket —4½, Nordeutscher Lloyd —4½, Hamburg-Süd —5. Von Werftaktien verloren Reiherstieg auf Grund der Betriebsstillegung weitere 8 Prozent.

Produkte.

Berlin, 10. Juni. Am Produktenmarkte traten infolge höherer Auslandsnotierungen mäßige Preiserhöhungen namentlich für Weizen ein. Roggen war vom Inlande etwas mehr angeboten und wird von den heimischen Mühlen verkauft. Infolge günstiger Beurteilung der Ernteaussichten, namentlich für Roggen, folgte die Preissteigerung für Roggen, der für Weizen wenig. Für Gerste zeigte sich vereinzelt Angebot in neuer Wintergerste aus der Uckermark. Hafer lag im Einkauf aus dem Auslande fest, doch waren die gesteigerten Forderungen schwer durchzusetzen. Für Weizenmehl war das Geschäft mäßig, für Roggenmehl ruhig. Futterartikel waren wenig belebt.

Preise in Reichsmark für 100 Kilogramm	10. 6.	9. 6.
Weizen märk. 1 t	267—270	267—270
Roggen märk. 1 t	217—222	217—222
Gerste 1 t	226—244	226—244
Hafer märk. 1 t	225—246	225—246
Mais 2 Sitz.	208—212	208—212
Weizenmehl 2 Sitz.	34.00—38.50	34.00—38.50
Roggenmehl 2 Sitz.	29.75—31.75	29.75—31.75
Weizenkleie	14.00—14.50	14.00—14.50
Roggenkleie	14.10—14.25	14.10—14.25
Raps	—	—
Leinsaat 1 t	—	—
Viktoriaerbsen	28.00—32.00	28.00—32.00
kl. Speiseerbsen	29.00—34.00	29.00—34.00
Futtererbsen	21.00—23.00	21.00—23.00
Wicken	19.00—22.00	19.00—22.00

Preise in Reichsmark für 1 Zentner	10. 6.	9. 6.
Kartoffeln	2.00—2.20	2.00—2.20
Rindfleisch	1.30—1.40	1.30—1.40
Kalbfleisch	1.40—1.50	1.40—1.50
Hammelfleisch	1.40—1.50	1.40—1.50
Schweinefleisch	1.60—1.70	1.60—1.70
Speck, geräuchert	2.00—2.10	2.00—2.10
Schweineschmalz	2.00—2.10	2.00—2.10
Butter	18.00—19.00	18.00—19.00
Weizenstroh	0.75—0.85	0.75—0.85
Roggenstroh	0.75—0.85	0.75—0.85
Heu	0.75—0.85	0.75—0.85

Druck und Verlag von Otto Elsner

Letter der Redaktion: Adolf Lindemann.

Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Lindemann, für lokale Ereignisse und Kommunalpolitik: Erich Gottheim, für Feuilleton, Literaturbeilage und Sport: Dr. Theodor Wood jun. für den Handelsteil: Paul Reichmann, für den übrigen redaktionellen Teil: Walter Schittelhelm; Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Blücherstraße 12. Anzeigenleitung: Alfred Kemmer.

Berliner Börse vom 10. Juni 1925

Kurse in RM für 100 M.	9.6.	10.6.
4% Reichsanleihe	0.817	0.817
4% Schutzgebiet	4.45	4.45
Pfandbriefe		
4% Preußische Landschaft	12.50	12.50
4% Ostpreußische Landschaft	12.50	12.50
4% Pommersche Landschaft	12.50	12.50
4% Schlesische Landschaft	12.50	12.50
4% Sächsische Landschaft	12.50	12.50
4% Westpreußische Landschaft	12.50	12.50
4% Westfälische Landschaft	12.50	12.50
4% Rheinische Landschaft	12.50	12.50
4% Hannoversche Landschaft	12.50	12.50
4% Schleswig-Holsteinische Landschaft	12.50	12.50
4% Oldenburgische Landschaft	12.50	12.50
4% Braunschweigische Landschaft	12.50	12.50
4% Mecklenburgische Landschaft	12.50	12.50
4% Anhaltische Landschaft	12.50	12.50
4% Thüring